

Ihre Abgeordnete Nadine Schön informiert:

# BERLIN AKTUELL

DIE WOCHE IM BUNDESTAG VOM 02.03.-06.03.2015



## Ausgewählte Termine von Nadine Schön:

- Montag: Treffen CDU2017 mit Peter Altmaier und Christoph Keese
- Montag: Fachgespräch zur Frauenquote
- Montag: Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes der Bundestagsfraktion sowie des Fraktionsvorstandes
- Montag: Fraktionsrunde Digitale Agenda
- Dienstag: Koordinierungsrunde mit Bundesfamilienministerin Schwesig
- Dienstag: Sitzung meiner

Abonnieren auch Sie den Newsletter von Nadine Schön und schreiben Sie an: [nadine.schoen@bundestag.de](mailto:nadine.schoen@bundestag.de)

beiden Arbeitsgruppen

- Dienstag: Kauder-Runde
- Dienstag: Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Dienstag: Klausurtagung der Jungen Gruppe mit Volker Kauder
- Mittwoch: Fachgespräch mit Dr. Erik Schmidt (google)
- Mittwoch: Ausschuss und öffentliches Fachgespräch zu Startups, Mittelstand und Datenschutz
- Mittwoch: Treffen der Jungen Gruppe mit Peter Altmaier
- Donnerstag: Treffen der Jungen Gruppe mit Generalsekretär Peter Tauber
- Donnerstag und Freitag: Namentliche Abstimmungen
- Freitag: Rede zur Gleichstellungspolitik und Frauenquote

## Mehr Geld für schnelles Internet!

Wir lassen die Kommunen nicht im Stich, sondern unterstützen sie mit einem milliarden-schweren Investitionsprogramm!

Eine gute Nachricht aus Berlin, auch für die Gemeinden und Landkreise bei uns im Saarland! Bei einem Treffen der Regierungskoalitionen am Montag wurde zum einen die endgültige Verteilung des von Bundesfinanzminister Schäuble vorgeschlagenen 10 Milliarden Euro Investitionspaketes beschlossen. Demnach wird der Bund in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt 7 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur bereit stellen. Damit können die Kommunen vor Ort Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz, zum Ausbau für schnelles Internet, Klimaschutz und auch Städtebauförderung finanzieren.

Zum anderen werden im gleichen Zeitraum weitere rund 3 Milliarden Euro eingesetzt, indem allen Fachressorts zusätzliche Mittel in Höhe ihrer

## KLAUSURTAGUNG MIT VOLKER KAUDER

Die Junge Gruppe unserer Bundestagsfraktion tritt für eine nachhaltige, generationengerechte und zukunftsorientierte Politik für junge Menschen und künftige Generationen ein. Entsprechend unserer thematischen Schwerpunkte wie Haushaltskonsolidierung, Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme, demografischer Wandel und Innovationsfähigkeit Deutschlands haben wir in



© Dan Race - Fotolia.com

bisherigeren Anteile zur Gegenfinanzierung des Betreuungsgeldes zur Verfügung gestellt werden. Auch diese Mittel werden für zukunftsorientierte Ausgaben herangezogen.

Neben diesem 10 Milliarden Programm wird der Bund die kommunale Infrastruktur zusätzlich unterstützen und im Jahr 2017 - über die bereits vorgesehene 1 Milliarde Euro hinaus - weitere 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um den Kommunen so Spielräume für zusätzliche Investitionen zu eröffnen.

Schließlich wird darüber hinaus noch in diesem Jahr ein Sondervermögen errichtet, dessen Mittel der Förderung von Investitionen in finanzschwachen

Gemeinden und Landkreisen zugutekommen sollen. Mit dieser Maßnahme leisten wir einen weiteren Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet. Dieses Sondervermögen, das bis zum Jahr 2018 Leistungen gewähren soll, wird mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro ausgestattet.

Somit werden in den kommenden Jahren weitere 5 Milliarden Euro für Kommunen zur Verfügung gestellt. Damit setzen wir unsere kommunalfreundliche Politik fort. Diese massive Entlastung, von der auch saarländische Kommunen in hohem Maße profitieren werden, ist nur im Zuge einer soliden und verantwortlichen Haushaltsführung möglich.

Wichtig und entscheidend ist daher die Grundlage, dass der für diese Investitionsprogramme erforderliche Nachtragshaushalt 2015 am ausgeglichenen Bundeshaushalt ohne neue Schulden nichts ändern wird!



dieser Woche mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU - Bundestagsfraktion, Volker Kauder, die Herausforderungen unseres

Rentensystems diskutiert. Volker Kauder betonte dabei die Bedeutung des „Dreisäulenmodells“: dem Dreiklang aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge.

Angesichts der demografischen Entwicklung setzen wir, die Junge Gruppe, uns insbesondere für flexiblere

Modelle hinsichtlich des Renteneintrittsalters ein, um unser Rentensystem stabil und zukunftssicher zu erhalten.

## Meldungen:

**Berlin:** Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) soll sowohl die beim Handel zwischen der EU und den USA anfallenden Zölle, als auch andere Handelsbarrieren möglichst vollständig beseitigen. Konsumenten und Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks würde das mehr Wohlstand bescheren: 2013 wurden allein im Industriewarenhandel rund 3,5 Milliarden Euro Zölle zwischen Deutschland und den USA fällig. Besonders Unternehmen mit einem hohen Exportumsatz würden von der Abschaffung der Zölle profitieren und könnten verstärkt in Innovationen investieren, Produktpreise senken und so zu mehr Wohlstand für alle beitragen. Weitere Einsparungen würde die Angleichung von Produktstandards und Regulierungen bringen. So lagen die zusätzlichen Produktkosten für doppelte Zulassungen, Testverfahren und Konformitätsprüfungen bei Einfuhr in die EU 2009 bei durchschnittlich 21,5 Prozent des Warenwerts. Vom Wegfall dieser nichttarifären Handelshemmnisse würden vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) profitieren, da sie sich bisher im Gegensatz zu Großunternehmen den bürokratischen Aufwand und die administrativen Kosten dieser Handelshemmnisse nicht leisten können. Insgesamt wird durch den Abbau der transatlantischen Handelshemmnisse ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in der EU um bis zu 119 Milliarden Euro pro Jahr erwartet. (Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

### Impressum:

Bundestagsbüro Nadine Schön  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 700 49  
Fax: 030 / 227 766 41  
Mail: Nadine.Schoen@bundestag.de  
Internet: www.nadine-schoen.de

## EINE FRAUENQUOTE MIT AUGENMAß!

Heute haben wir im Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf zur Gleichstellungspolitik verabschiedet, den wir in den vergangenen Wochen intensiv verhandelt hatten. Die Geschlechterquote kommt!

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass wir mit freiwilliger Selbstverpflichtung in der Wirtschaft nicht wirklich weitergekommen sind. Fakt ist, dass wir nach wie vor eine massive Unterrepräsentanz von Frauen in den Top-Positionen der großen Unternehmen und in der Bundesverwaltung haben. In den 200 größten Unternehmen sind nur 5% Frauen in den Vorständen und 18% in den Aufsichtsräten. In der Bundesverwaltung sind derzeit 27% Frauen in Führungspositionen. Mir kann beim besten Willen keiner plausibel erklären, dass es nur diese Handvoll Frauen gibt, die fähig sind, einen Vorstandsposten zu besetzen.

Deshalb führen wir jetzt die Quote ein, allerdings mit Augenmaß und differenziert.

Einerseits eine feste Quote für die Aufsichtsräte voll mitbestimmter und börsennotierter Unternehmen, d.h. solche, die angesichts ihrer Größe, Bedeutung und aufgrund der Börsen-



notierung eine Vorbildfunktion sowie eine besondere Verpflichtung haben. Andererseits eine flexible Quote für die Unternehmen, die entweder börsennotiert oder voll mitbestimmt sind. Diese setzen sich selbst eine Quote als Zielvorgabe für Aufsichtsrat, Vorstand und Führungsebenen, was auch sachgerecht ist, denn ein Stahlunternehmen hat beispielsweise andere Voraussetzungen als eine Bank.

Wichtig ist, dass sich die Unternehmen überhaupt Zielvorgaben setzen müssen. Durch diese konkreten Ziele wird eine Diskussion in Gang kommen, was es tun gilt, um die jeweiligen Vorgaben zu erreichen und somit mehr Frauen über die verschiedenen Ebenen hinweg Karrierewege zu eröffnen. Fakt ist, dass Frauen in Führungspositionen wie „Magneten“ andere talentierte und qualifizierte Frauen nach sich ziehen. Eine Quote von 30% wirkt als

„Türöffner“, um Strukturen aufzubrechen und gläserne Decken zu durchbrechen.

Wir haben mit diesem Gesetz eine gute, verbindliche Lösung geschaffen und gleichzeitig zusätzliche bürokratische Belastungen für die Wirtschaft auf ein Minimum reduziert.

Darüber hinaus gilt es auch im öffentlichen Dienst, Strukturen aufzubrechen. Besonders wichtig ist dabei unser Anliegen, dass Familienfreundlichkeit jetzt als Gesetzesziel im Bundesgleichstellungsgesetz verankert wird. Wir brauchen ein familienfreundlicheres Klima. Derjenige, der aus familiären Gründen eine Auszeit nimmt und in Teilzeit weiterarbeitet, darf keine schlechteren Karrierechancen haben und benachteiligt werden.

Wir wollen Freiheit für Chancen gleichermaßen. Echte Gleichstellungspolitik lebt vom Respekt vor der Freiheit! Genau diesen Ansatz setzen wir jetzt um.

Meine heutige Rede ist nachzulesen auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de). Dort ist sie in der Mediathek auch als Video eingestellt.

Unmittelbar vor meiner Rede stand ich „phoenix“ im Doppelinterview mit Renate Künast Rede und Antwort.

## MEDIZINISCHE VERSORGUNG SICHERN!

Als saarländische Bundestagsabgeordnete liegt mir der ländliche Raum besonders am Herzen. Die Lebensqualität in unserer lebens- und liebenswerten Heimat zu erhalten, ist Ansporn und Verpflichtung zugleich. Aus diesem Grunde setzen wir uns dafür ein, die Voraussetzungen und Standortbedingungen gerade auch in ländlichen Regionen zu verbessern.

Dieser Ansatz liegt auch dem „Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung“, das wir in dieser Woche auf den Weg gebracht haben, zu Grunde.



© Gina Sanders - Fotolia.com

In vielen ländlichen Regionen ist bereits ein Trend unverkennbar, dass Haus- und Fachärzte in Ballungszentren abwandern. Einem Fachärztemangel in der Fläche steht oftmals ein Überangebot in städtischen Regionen gegenüber.

Unser Anspruch ist es, eine flächendeckende, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle Menschen, unabhängig vom Wohnort, zu gewährleisten und der drohenden Unterversorgung mit Hausärzten, gerade in ländlich strukturierten Regionen, entgegenzuwirken.

Mit dem neuen Versorgungsgesetz wollen wir insbesondere drei Ziele erreichen: Zeitnahe Termine beim Facharzt ermöglichen, mehr Ärzte auf dem Land sichern und eine bessere Weiterbehandlung nach einem Klinikaufenthalt gewährleisten.